

17.11.2023

Kleine Anfrage 2906

der Abgeordneten Julia Kahle-Hausmann, Christina Kampmann, Thomas Kutschatj und Frank Müller SPD

Aussagen nach Anti-Israel-Demo in Essen: Waren die Sicherheitsbehörden nicht ausreichend vorbereitet?

Die Anti-Israel-Demonstration am 3. November 2023 in Essen hat viele Menschen schockiert. Nach bisherigen Berichten wurden gezielt Parolen, Banner, Fahnen und Schilder mit Aussagen mindestens am Rande der Volksverhetzung mit antiisraelischen und antijüdischen Botschaften mit sich geführt. Ob und von wem rechtlich verfolgbare Straftaten begangen wurden, wird derzeit noch geprüft. Nach Presseberichten sollen aber mindestens auch Banner mitgeführt worden sein, die einer isalmistischen Organisation zuzuordnen sind, für die in Deutschland ein Betätigungsverbot gilt¹. Im Nachhinein werde nun auch Bildmaterial ausgewertet, um eventuelle Straftaten feststellen zu können.

Die Essener Polizeiführung wurde im Nachhinein mit den Worten zitiert, dass Islamisten die Täuschung an die Spitze getrieben hätten. Demnach seien während der Demonstration Gegenstände mit sich geführt worden, die sich nur wenig von verbotenen Symbolen und Botschaften unterscheiden sollen. Teile der Aussagen der Essener Polizei sowie des Innenministers, die nahe legen, dass man überrascht worden sei, wirken auf die Bevölkerung mit Blick auf die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates in Teilen besorgniserregend. Zumindest wirft das aber die Frage auf, ob die Sicherheitsbehörden nicht ausreichend vorbereitet waren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gab es im Zuge der Demonstration Identitätsfeststellungen von Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern?
2. Welche Hinweise bzw. Erkenntnislagen gab es im Vorfeld der Demonstration, aufgrund derer über Auflagen bis hin zu einem Verbot beraten wurde?
3. Weshalb gab es im Vorfeld der Demonstration keine Erkenntnisse über die wahren Absichten in den Reihen der Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmer?

¹ vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/essen-demo-polizei-100.html>

4. Hätte es nach aktuellen Erkenntnissen belastbare Gründe gegeben, die Demonstration aufzulösen?
5. Gibt es Planungen der Landesregierung, das Polizeipräsidium Essen-Mülheim personell zu stärken?

Julia Kahle-Hausmann
Christina Kampmann
Thomas Kutschaty
Frank Müller